

**Datum der Sitzung:** 25.03.2015

**Plenarsitzung:** 19/40

**TOP:** Antrag der Fraktion der FDP betreffend Cybermobbing

---

Kerstin Geis [SPD]:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! An anderer Stelle habe ich mich immer sehr darüber gefreut und mir immer gewünscht, dass das Thema Cybermobbing aufgegriffen und konkret angegangen wird. Denn Cybermobbing ist kein Kavaliersdelikt.

*(Allgemeiner Beifall)*

Schade, dass unter Schwarz-Gelb fünf Jahre im Regierungshandeln vergangen sind, in denen weder die Kultusministerin Henzler noch die Kultusministerin Beer die Gunst der Stunde genutzt hätte und maßgebliche Schritte in die richtige Richtung gegangen wäre.

*(Beifall bei der SPD)*

Es gab leider immer nur zaghafte Schrittden bei dem Versuch, das Thema Medienschutz für Kinder und Jugendliche anzupacken. Umso besser ist es, dass nun der Antrag der FDP vorliegt und der Landtag sich mit dem Problem Cybermobbing befasst, wobei Cybermobbing alleine aus meiner Sicht zu kurz greift. Medienkompetenz und Jugendmedienschutz ist eine Querschnittsaufgabe in der Schule, die fächerübergreifend begriffen werden muss. Das Bündnis gegen Cybermobbing hat in der „JIM-Studie 2014“ festgestellt, dass sich jeder sechste Schüler, jede sechste Schülerin – Herr Rock, das sind andere Zahlen als Ihre, aber Zahlen gibt es in dem Kontext ziemlich viele – schon als Opfer von Cybermobbing gefühlt hat. Von nachhaltigem Cybermobbing sind laut der Studie 3,4 % unserer Schülerinnen und Schüler betroffen. Jeder dritte Mobbingfall setzt sich online weiter fort. Das Perfide dabei ist, dass die meisten Fälle von Cybermobbing die Schulöffentlichkeit gar nicht erreichen, sondern im Verborgenen geschehen. Insofern stellt sich die Frage, welche Aussagekraft die von Ihnen geforderte statistische Datenerhebung von Mobbingfällen überhaupt hat. Wo stehen wir in Hessen? Inzwischen gibt es eine Landeskoordination Projekt Jugendmedienschutz. Dort ist es gelungen, eine dreitägige Fortbildung zu konzipieren, die Jugendmedienschutzberater/-innen für die hessischen Schulen ausbildet. Gut, dass es wenigstens dieses Angebot in Hessen gibt. In den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 haben jeweils 60 Lehrerinnen und Lehrer an der Fortbildung teilgenommen. Die dort ausgebildeten Jugendmedienschutzberater/-innen stehen an ihren Schulen einer großen Aufgabe und intensivster Arbeit gegenüber, wobei sie aber nicht zwingend dafür bei der Unterrichtsverpflichtung entlastet werden. Das ist ein weiteres Problem.

(Beifall bei der SPD)

Es fehlt in Hessen ein konsistentes Konzept für Jugendmedienschutz an den Schulen. Jede Schule ist auf sich alleine gestellt und muss irgendwie klarkommen. Manche Schulen haben Glück, und im Kollegium sind medienaffine Lehrkräfte, die sich des Themas annehmen können. Aber was machen diejenigen Schulen, an denen das nicht möglich ist? Es fehlt ein verbindlicher Rahmen, in dem Medienerziehung stattfinden kann. Es sollte an jedem Staatlichen Schulamt ein Koordinator vor Ort zur Unterstützung und Fachberatung der Schulen vorhanden sein,

*(Beifall bei der SPD)*

ebenso wie an jeder Schule in Hessen ein Jugendmedienschutzberater etabliert sein sollte. Schülerinnen und Schüler müssen jemanden haben, den sie kennen, der qualifiziert ist und an den sie sich vertrauensvoll wenden können, wenn sie Mobbing oder Cybermobbing erleiden.

*(Beifall bei der SPD und der LINKEN)*

Bei durchschnittlich 60 ausgebildeten Jugendmedienschutzberatern/-innen pro Jahr sind wir bei ca. 1.800 Schulen in Hessen in etwa 30 Jahren an dem Punkt, dass jede Schule einen Jugendmedienschutzberater im Kollegium hat.

*(Christoph Degen (SPD): Das ist ja epochal!)*

Das hat etwas von Sisyphos, wenn wir im Jugendmedienschutz einen Stein den Berg hinaufschieben, der schneller wächst, als wir den Stein schieben können. Die Eltern sehen bei den neuen Medien die Schulen in der Pflicht. Es muss zwingend auch die Kommunikation mit den Eltern stattfinden, sind sie es doch, die den Nachwuchs mit Smartphone und Co. ausstatten. Auch Eltern müssen informiert werden.

*(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)*

Aber dafür brauchen Schulen Zeit. Sie brauchen Ressourcen, und sie brauchen ein Konzept. Sie brauchen Unterstützung, und das heute und nicht erst im Jahr 2045, obwohl wir davon ausgehen können, dass im Jahr 2045 das Internet wahrscheinlich nicht mehr Neuland ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)*